

18.06.2018

Deutsch-Polnischer Bürgerdialog: Der Runde Tisch Berlin-Breslau tagte an der Spree

Der auf Anregung der Stiftung Zukunft Berlin im Oktober vorigen Jahres gegründete Runde Tisch Berlin-Breslau hat bei seiner zweiten Sitzung eine Reihe von Projekten zur engeren Zusammenarbeit beschlossen. Bei einem Arbeitstreffen am 18. Juni 2018 in der IHK Berlin kamen die Vertreter der Zivilgesellschaft aus beiden Städten überein, durch Workshops und wechselseitige



Stiftung Zukunft Berlin

Besuche von Fachleuten Erfahrungen auszutauschen und Erkenntnisse zu gewinnen, die sich für konkrete Vorhaben umsetzen lassen. Die vorgetragenen Ideen hätten gute Aussicht auf Realisierung, sagte der Tagungsleiter und frühere deutsche Botschafter in Polen, Reinhard Scheweppe. Sein polnischer Kollege Jan Wais, Vizedirektor des Breslauer Büros für Auslandszusammenarbeit, sah die Realisierung der Vorschläge ebenfalls „auf einem guten Weg.“

Unter dem Stichwort Interkultureller Dialog wollen deutsche und polnische Lehrer und Lehrerinnen sowie andere Experten aus verschiedenen Bildungsbereichen gemeinsam Grundsätze erarbeiten, wie sich an Schulen intensiver als bisher Werte, wie Toleranz und Courage, sowie Interesse an ökologischer Nachhaltigkeit vermitteln lassen. Mit einem Konzept zur Lehrerfortbildung will der Runde Tisch dieses Vorhaben unterstützen. Vereinbart wurde auch ein Erfahrungsaustausch von Polizei- und Verwaltungsbeamten auf dem Gebiet der Migration und Integration. In die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten beider Städte sollen nach polnischem Wunsch auch renommierte Breslauer Fachhochschulen einbezogen werden. Im Bereich der Kultur wollen sich Künstler und Galeristen enger vernetzen und gegenseitig inspirieren, indem sie ihre Ateliers zeitweise tauschen und gemeinsame Ausstellungen veranstalten.

Das 2012 unter namhafter Beteiligung von Berlin und Breslau gegründete Netzwerk „Städte für Europa“ soll nach dem Wunsch des Rundes Tisches wieder stärker aktiviert werden. Das Bewusstsein über die besondere Bedeutung und Verantwortung der Städte für Europa sei in den vergangenen Jahren rasant gewachsen, sagte der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Zukunft Berlin, Volker Hassemer. Deshalb sei es an der Zeit, die Zusammenarbeit als Städte für Europa mit neuen Leben zu erfüllen. Er habe Repräsentanten der Städte für den 9. November dieses Jahres zu einem Arbeitstreffen sowie zur traditionellen „Europa-Rede“ nach Berlin eingeladen, auf der Koen Lenaerts, Präsident des Europäischen Gerichtshofes, sprechen werde. Der Fall der Mauer ist nach den Worten Hassemers nicht nur ein für Deutschland ein wichtiges Ereignis, sondern auch „ein europäisches Datum“, das immer wieder Anlass gebe, sich zu treffen.

Weitere Informationen:

Nina Lütjens

Stiftung Zukunft Berlin

Tel. 030 – 26 39 229-20

luetjens@stiftungzukunftberlin.eu

19.07.2018 - <http://oder-partnerschaft.eu/aktuelles/2018/10842>